**Bericht über die Ausführung der Haushaltsbeschlüsse 2012 und 2013
aufgrund von Fraktionsanträgen**

Lfd. Nr.	<p style="text-align: center;">Beschlusstexte (Haushalt 2012 = a - e; Haushalt 2013 = f - s)</p>
a)	<p><u>Sanierungs- und Investitionsbedarfe städtische Immobilien</u></p>
	<p>§ Die Verwaltung wird beauftragt, dem Bauausschuss zur nächsten Sitzung eine Liste der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen an den städtischen Schulgebäuden sowie am städtischen Kindergarten vorzulegen. Hierbei sind folgende Kriterien zu beachten: - Welche Maßnahmen sind vorgesehen? - Welche Maßnahmen müssen kurzfristig (in den nächsten drei bis fünf Jahren) getätigt werden? - Welche Maßnahmen sind langfristig umzusetzen? Der Ausschuss entscheidet dann über die weitere Vorgehensweise, der Ausschuss für Schule und Soziales ist parallel zu informieren.</p> <p>§ Die Verwaltung ist aufgefordert, dem Rat rechtzeitig vor der Einbringung des Haushaltes 2013 eine Liste über Investitionsbedarfe an städtischen Immobilien 2012 bis 2017 vorzulegen. Bestehende (Prioritäten)Listen sind fortzuschreiben. Ziel ist die Erstellung einer Hilfe für zukünftige Entscheidungen. Als Kriterien sind u.a. zu berücksichtigen Energiesparmaßnahmen; Energieeffizienz; Bausubstanzerhaltungsmaßnahmen, Brandschutz, etc. Gegebenenfalls hat auch eine Abstimmung mit Teilbereichen des zu erarbeitenden Klimaschutzkonzeptes zu erfolgen. Unter anderem liegen vor: Investitionsübersichten I-10 im Haushaltsentwurf 2012, Prioritätenliste im Zusammenhang mit Konjunkturpaket II, Energiebericht etc.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> - erledigt - Im Bauausschuss am 24.05.2012 wurde durch das Regionale Gebäudemanagement eine Übersicht der kurz-, mittel- und langfristigen Sanierungsmaßnahmen an den städtischen Schulen vorgelegt. Die im zweiten Teilbeschluss geforderte „Liste über Investitionsbedarfe“ an allen Immobilien der Hansestadt Wipperfürth wurde zur Sitzung des Bauausschusses am 13.09.2012 unter TOP 1.9.2 von der Verwaltung vorgelegt. Im Bauausschuss und auch im Ausschuss für Schule und Soziales ist das Thema regelmäßig auf der Tagesordnung.</p>
b)	<p><u>Unterhaltung Wirtschaftswege</u></p>
	<p>Die Mittel der Position 523200 „Unterhaltung des Infrastrukturvermögens“ (hier Aufstockung des Ansatzes zur Unterhaltung der unbefestigten Wirtschaftswege) unter Produkt 1.13.01 - Seite II/355 werden zugunsten des Bauausschusses gesperrt. Nicht verwandte Mittel aus dieser Position dürfen ausschließlich für Deckensanierung verwendet werden.</p>
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> - erledigt - Die vom Rat verfügte Ansatzsperre wurde durch Beschluss des Bauausschusses vom 13.09.2012 (TOP 1.8.2) aufgehoben.</p>
c)	<p><u>DV-Ausstattung Baubetriebshof</u></p>
	<p>Bei der Position 5000001 „Ergänzung DV-Ausstattung“ unter Produkt 1.01.01 - Seite II/21 wird der Ansatz für die neue Software im Baubetriebshof, in Höhe von 40.000,-- Euro zugunsten des Bauausschusses gesperrt.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p>

	<p>- erledigt - Die Beschaffung einer professionellen Software wurde von der Verwaltung zeitlich verschoben. Zunächst blieb abzuwarten, dass der gemeinsame Baubetriebshof Wipperfürth/Hückeswagen am 01.10.2013 den operativen Betrieb aufnimmt. Die notwendigen Leistungsabrechnungen erfolgen vorübergehend bis zu dem für 2014 vorgesehenen Einsatz einer professionellen Software mittels einer von der Hückeswagener Verwaltung selbst entwickelten und bisher verwendeten Access-Datenbank. Das komplexe Auftrags- und Abrechnungswesen des Bauhofes soll künftig entweder über das vom Rechenzentrum CIVITEC angebotene und betreute Bauhofverfahren „mpsARES“, das u.a. vom "Tebel" Engelskirchen-Lindlar, aber auch von vielen Mitgliedern der CIVITEC als Betriebssteuerungs- & Abrechnungsprogramm für ihre kommunale Betriebe eingesetzt wird, oder das Produkt "BIS-Office", welches in Morsbach verwendet wird, oder aber das Verfahren "KOMMSOFT" erfolgen. Eine Auswahlentscheidung wird im Laufe des kommenden Jahres angestrebt; entsprechende Mittel sind im Finanzplan 2014 vorgesehen.</p>
d)	Alte Drahtzieherei
	<p>- Aus der Position „Zuschüsse an übrige Bereiche“ (Finanzierungszuschuss „Wir Wipperfürther“) Produkt 1.16.01, Seite II – 406, wird eine Summe in Höhe von 20.000,00 Euro zugunsten des Haupt- und Finanzausschusses gesperrt. Anlehnend an den Finanzbedarf des letzten Jahres werden von der Stiftung weitere Konsolidierungsmaßnahmen erwartet.</p>
	<p>- Der Jahreszuschuss der Stadt für die Alte Drahtzieherei wird ab 2014 kontinuierlich um mindestens 7.500,00 Euro pro Jahr zurück gefahren. Der Rat erwartet, dass darüber hinaus gehende wirtschaftliche Verbesserungen der GmbH/ Bürgerstiftung erzielt werden und dann der Rücklage der Einrichtung zugeführt werden. Aktuell in 2012 erzielte Überschüsse sind zur Zuschussbedarfsreduzierung durch die Stadt und Rücklagenbildung zu verwenden. Die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Alten Drahtzieherei im Rat (schriftlich) und Haupt- und Finanzausschuss (mündlich) wird fortgesetzt. Der Haupt- und Finanzausschuss wird sich dabei insbesondere den Themen Stundenverrechnungssätze und Nutzungen durch die Stadt und ihrer Einrichtungen und Gliederungen befassen.</p>
	<p>Stellungnahme der Verwaltung: - noch nicht erledigt - Zunächst wird auf die kontinuierlichen mündlichen und schriftlichen Berichterstattungen im Haupt- und Finanzausschuss (HFA), sowie Stadtrat verwiesen. Wie in der HFA-Sitzung am 18.06.2013 berichtet, hat die Bürgerstiftung in ihrer letzten Vorstands- / Beiratssitzung einen ersten Entwurf ihrer Nutzungspreise bzw. Stundenverrechnungssätze vorgestellt. Dieser Entwurf konnte bisher noch nicht endgültig mit der Verwaltung abgestimmt werden. In der HFA-Sitzung am 26.11.2013 wurde auf Antrag der Bürgerstiftung die Haushaltssperre über 20.000 € aufgehoben (TOP 1.4.1). Im Haushaltsentwurf 2014 ist die beschlossene Herabsetzung des Zuschusses um jährlich 7.500,00 € erfasst.</p>
e)	Zielformulierungen und Kennzahlen
	<p>§ Die Verwaltung oder eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung und Politik beginnt eine intensive Überarbeitung der Zielformulierungen und der Kennzahlen für die Teilbudgets. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Zielformulierungen und Kennzahlen spätestens in den Haushaltsentwurf 2013 einzuarbeiten. Hiermit sind vor allem die Potenziale des NKF aus Sicht der Politik und der Öffentlichkeit stärker in den Blick zu nehmen. Einsparpotenziale und Steuerungsmöglichkeiten lassen sich so besser erkennen und die Voraussetzungen für ein echtes Controlling werden geschaffen.</p> <p>§ Um die Übersichtlichkeit, Transparenz und Vergleichbarkeit künftiger Haushaltspläne zu verbessern, sollen in Zukunft (ab HH 2013) weitere Finanz- und Erfolgskennzahlen gemäß NKF ausgewiesen werden. Wichtige Kennziffern sind</p>

	<p>z.B.: Eigenkapitalquoten 1 und 2, Fremdkapitalquoten (langfristig, kurzfristig), Dynamischer Verschuldungsgrad, Anlagendeckungsgrad, Investitionsquote, Steuerquote, Zuwendungsquote, Personalaufwandsquote, Sachaufwandsquote, Dienstleistungsaufwandsquote, Transferaufwandsquote, Zinsaufwandsquote. Es sollen jeweils die Ist-Werte der vergangenen 5 Jahre sowie die Planwerte des laufenden und der drei folgenden Haushaltsjahre gezeigt werden. Für den internen Gebrauch der Verwaltung und des Rates sollen zusätzlich die entsprechenden Vergleichs-Kennzahlen der Nachbargemeinden sowie überregionale Benchmarks ausgewiesen werden.</p>
	<p>Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - Eine aus Politik und Verwaltung gebildete Arbeitsgruppe hat inzwischen viermal getagt, zuletzt am 16.10.2013. Für das Jahr 2014 sind zwei weitere Sitzungen vorgesehen, in denen dann Ziele formuliert werden sollen. Die bisher erarbeiteten Ergebnisse sind in den Haushaltsentwurf 2014 eingeflossen.</p>
f)	<u>Planungs- / Beratungskosten</u>
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Verwaltung wird beauftragt, zum Haupt- und Finanzausschuss am 16.04.2013 alle Planungskosten, die intern und extern in den beiden Jahren 2011 und 2012 gezahlt wurden, sowie die voraussichtlichen Planungskosten für das Jahr 2013 nach Art und Höhe aufzulisten. Dies gilt für alle Fachbereiche sowie für das Regionale Gebäudemanagement. Weiterhin werden dem Ausschuss die Möglichkeiten aufgezeigt, welche Planungen von eigenen qualifizierten Mitarbeitern der Verwaltung getätigt werden können bzw. wie der Zeitaufwand für begleitende Maßnahmen ist. - Zum Haupt- und Finanzausschuss am 16.04.2013 wird eine Auflistung aller freiwilligen Leistungen nach Art und Höhe der Jahre 2011 und 2012 sowie die voraussichtlichen Zahlungen für das Jahr 2013 erstellt. - In Ergänzung des Antrags der CDU-Fraktion, Punkt 2 (Planungskosten) wird die Verwaltung zusätzlich beauftragt, zum Haupt- und Finanzausschuss am 16.04.2013 alle in den Jahren 2011 / 2012 / 2013 entstandenen bzw. zu erwartenden Beratungskosten nach Art und Höhe aufzulisten. - Als „Beratungskosten“ werden alle Kosten definiert, die durch externe Beratungsleistungen wie Rechtsberatung, Personalberatung u.ä. entstehen, soweit sie nicht unter „Planungskosten“ erfasst sind. - Weiter wird um Mitteilung gebeten, welche Rahmen- oder Pauschalverträge die Stadt mit externen Beratern abgeschlossen hat. Das Thema ist evtl. im nichtöffentlichen Teil der HFA-Sitzung zu behandeln.
	<p>Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - In der HFA-Sitzung am 16.04.2013 hat die Verwaltung die entsprechenden Übersichten vorgelegt (TOP 1.9.1 und 1.9.2). In der Ratssitzung am 07.05.2013 (TOP 1.7.3) erging dann ein Prüfauftrag an die Verwaltung, ob durch projektbezogene Stellenbesetzungen im Planungsamt und anderen relevanten Bereichen die externen Planungsaufwendungen reduziert werden könnten. Mit weiterem Beschluss in der Ratssitzung am 15.10.2013 (TOP 1.4.3) wurde das städtische Rechnungsprüfungsamt mit dieser Aufgabe betraut.</p>
g)	<u>Ansatzreduzierung Kanalsanierung</u>
	<p>Bezogen auf die Ergebnisse der Jahre 2011 und 2012 wird die Summe im Produkt 1.11.02, Projektnummer 5000032, Seite II - 296 „Sonstige Kanalsanierungen“ um 100.000,00 Euro reduziert.</p>
	<p>Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - Über den mit dem Haushaltsbeschluss am 31.01.2013 geführten</p>

	Veränderungsnachweis erfolgte die Kürzung des Haushaltsansatzes.
h)	<u>Bereitstellung von Flächen für anonyme Grabstellen</u>
	<i>Im Produkt 1.13.02 „Friedhöfe“ wird beschlossen, dass neben dem Westfriedhof auch auf allen anderen Wipperfürther Friedhöfen Flächen für anonyme Gräber bereitgestellt wird.</i>
	Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - Siehe TOP 1.9.8 des Bauausschusses vom 21.03.2013 und TOP 1.4.3 Stadtrat am 07.05.2013, in der die notwendige Anpassung der örtlichen Friedhofssatzung beschlossen wurde.
i)	<u>Kunstrasenanlagen:</u>
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Mittel für die beantragten Kunstrasenplätze in Klaswipper und Wipperfeld sowie für den Naturrasenplatz in Hämmern in den Haushalt 2013 einzustellen. Hierbei ist, wie auch bei den bisherigen Plätzen in Agathaberg, Kreuzberg und Thier, die maximale Summe von 200.000,00 Euro pro Kunstrasenplatz sowie eine Summe in Höhe von maximal 50.000,00 Euro (50 % der veranschlagten Bausumme) für den Sportplatz in Hämmern zu berücksichtigen. - Darüber hinaus ist für alle Kunstrasenplätze/Naturrasenplätze mit den Vereinen ein Konzept zu erstellen, wie die Folgekosten der Plätze aufzubringen sind. Dieses Konzept ist dem zuständigen Fachausschuss bis zur Sommerpause 2013 zur Beratung vorzulegen.
	Stellungnahme der Verwaltung: - noch nicht erledigt - Die gegenüber dem Haushaltsentwurf geänderten Ansätze wurden über den beschlossenen Veränderungsnachweis in den Haushalt 2013 eingearbeitet. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung wurde im Hinblick auf die baulichen Umsetzungstermine der Sportvereine versucht, frühzeitige Mittelfreigaben der Kommunalaufsicht für die Kunstrasenprojekte zu erreichen. Dies ist nicht gelungen, so dass die am 19.07.2013 erteilte Haushaltsgenehmigung des Kreises abgewartet werden musste. Die ebenfalls beschlossene Konzepterstellung vor der Sommerpause konnte noch nicht endgültig abgeschlossen werden. Hier hat am 07.10.2013 ein offizielles Abstimmungsgespräch zwischen Stadtsportverband und den Vereinen stattgefunden. Änderungswünsche zu dem seitens der Verwaltung erarbeiteten Richtlinienentwurf wurden dann Ende Oktober der Stadt mitgeteilt. Diese werden derzeit geprüft, so dass eine einvernehmliche Umsetzung ab 2014 erfolgen kann.
j)	<u>Sanierung Mehrzweckhalle Mühlenberg:</u>
	<i>Im Zuge der Generalsanierung der Halle Mühlenberg wird geprüft, ob eine Verbesserung im Eingangsbereich (Empfang) durch Schaffung/Anbau eines Foyers oder ähnlichem in wirtschaftlich vertretbarem Aufwand umsetzbar ist. Die Beratung hierüber erfolgt im Bauausschuss. Gegebenenfalls sind Mehrkosten einzuplanen und über den Haupt- und Finanzausschuss zur Verfügung zu stellen.</i>
	Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - Im Bauausschuss am 21.03.2013 (TOP 1.9.3) wurden Planung und Kosten vorgestellt. Im Hinblick auf die unverhältnismäßigen Kosten bestand Einvernehmen, die Maßnahme bis auf weiteres zurück zu stellen.
k)	<u>Ziele / Kennziffern im Haushalt:</u>
	<i>Bis zur Sommerpause 2013 wird eine Arbeitsgruppe aus Rat und Verwaltung ein-</i>

	<p>gerichtet an der jede Fraktion zu beteiligen ist, um den Themenbereich Ziele und Kennziffern des NKF Haushaltes zu überarbeiten. Aufgabe ist es die Ziele und Kennziffern so zu anzupassen, dass Vergleichbarkeit, politische Steuerung und Controlling verbessert werden.</p> <p>Dem Rat wird hierzu ein Vorschlag bis zur Einbringung des Haushalt 2014 unterbreitet.</p>
	<p>Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - Siehe Antwort zu Ziffer e) / zum Haushalt 2012!</p>
l)	<u>Hallennutzungsbedarfe der Schulen:</u>
	<p>Der Haupt- und Finanzausschuss wird sich bis spätestens im Herbst 2013 mit dem Thema Hallennutzungsbedarfe für Schulen (Schulfeiern, Zeugnisvergaben etc), Karnevalsverein, Musikverein und andere befassen. Die Möglichkeiten der Alten Drahtzieherei und der Mühlenberghalle sind in die Überlegungen einzubeziehen.</p>
	<p>Stellungnahme der Verwaltung: - noch nicht endgültig erledigt -</p>
m)	<u>Tourismus:</u>
	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, zu einem runden Tisch Tourismus/Naherholung einzuladen, um mit den Einrichtungen und Betrieben des Fremdenverkehrs (Gastronomie, Kneipen, Hotels etc.) sowie der heimischen Wirtschaft (z. B. im Rahmen des Wirtschaftsforums) dem ESW sowie den Akteuren des Tourismus wie der Naturarena, dem Heimat und Geschichtsverein, Vertretern des Stadtrates (Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur federführend), den Vereinen (u. a. Angebote Basisstation) etc. zu erörtern, welche Möglichkeiten der schrittweisen Professionalisierung des Wirtschaftsfaktors Tourismus in Wipperfürth umsetzbar sind (z. B. Schaffung einer halben Stelle außerhalb des Rathauses, weitere Vernetzung der Angebote, Sponsoring usw.).</p>
	<p>Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - Das Gespräch hat am 05.11.2013 stattgefunden. Die Verwaltung berichtete hierüber in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.11.2013 (TOP1.9.5). Im Wirtschaftsplan 2014 der WEG mbH ist die Einrichtung einer Vollzeitstelle für Tourismusaufgaben vorgesehen.</p>
n)	<u>Schulzentrum Mühlenberg:</u>
	<p>Der Rat bekräftigt die Stärkung und Intensivierung der Zusammenarbeit am Schulzentrum Mühlenberg. Die Verwaltung ist beauftragt, dem Schulausschuss sowie dem Bauausschuss die baulichen und organisatorischen Vorhaben (u.a. Umzug der Musikschule) im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel vor Umsetzung vorzustellen.</p>
	<p>Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - Die Verwaltung hat in der Sitzung des Bauausschusses am 21.03.2013 (TOP1.9.1) über den in den Sommerferien 2013 vorgesehenen Umzug der Musikschule in den Aulatrakt der Konrad-Adenauer-Schule informiert.</p>
o)	<u>Schulraumbedarf:</u>
	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat darzustellen, wie mit den künftig freiwerdenden Raumkapazitäten von Schulgebäuden umgegangen werden soll. Gleichzeitig soll erörtert werden, ob sich nicht weitere Möglichkeiten für ein Archiv eröffnen.</p>
	<p>Stellungnahme der Verwaltung:</p>

	- noch nicht erledigt - Die frei werdenden Raumkapazitäten, die lt. aktuell verabschiedetem Schulentwicklungsplan für 2020/2021 prognostiziert wurden, werden zur Zeit überprüft. Das RGM und der FB I-40 stellen ein aktuelles Soll-Ist-Raumkonzept für die weiterführenden Schulen auf. Die Rangfolge der Untersuchung wurde wie folgt festgelegt: E.v.B.-Gymnasium (Ganztagsbetrieb), Konrad-Adenauer-Hauptschule, Alice-Salomon-Schule, Hermann-Voss-Realschule. Für die Grundschulen wurden keine Raumüberhänge prognostiziert. Über die Ergebnisse wird nach Abschluss der Untersuchungen berichtet. Das schließt auch die Standortfindung eines Archivs ein.
p)	<u>Patenschaften für öffentliche Grünanlagen:</u>
	<i>Für die öffentlichen Grünanlagen werden Paten gesucht (Ausschreibung), die diese pflegen und gestalten dürfen/sollen. Den pflegenden Unternehmen, Vereinen etc. ist eine angemessene Werbung auf den Objekten zu ermöglichen.</i>
	Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - Bereits in der Vergangenheit hat die Verwaltung mehrere Patenschaftsverträge mit Bürgervereinen (BV) sowie engagierten Anwohnern über die Pflege von Grünanlagen abgeschlossen. Weitere Gespräche mit Gartenbaufirmen / Vereinen / Privatpersonen etc. wurden auch in diesem Jahr geführt. Mit dem BV Dohrgaul konnte daraufhin ein Pflegevertrag für den Park in der Ortsmitte abgeschlossen werden. Über den weiteren Realisierungsstand wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 19.09.2013 (TOP 1.9.4) berichtet.
q)	<u>Demographiekonzept:</u>
	<i>II-251 - Sachkonto 529100: In dieser Haushaltsposition werden die dort eingestellten Mittel von 13.000 € für ein "Demographiekonzept" zugunsten des Haupt- und Finanzausschuss gesperrt.</i>
	Stellungnahme der Verwaltung: - erledigt - Bei der angemeldeten Summe von 13.333 € im Städtischen Haushalt handelt sich um den Eigenanteil der Hansestadt Wipperfürth für das interkommunale Demographiekonzept der Städte Hückeswagen, Wermelskirchen und Wipperfürth. Initiator war die Schlossstadt Hückeswagen mit Ihrer Bewerbung zum Städtebauförderprogramm 2010 mit dem Schwerpunkt „Förderung kleinerer Städte und Gemeinden - überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“. Dabei handelt es sich um ein Projektvolumen von 100.000 € bei einem Fördersatz von 60%. Im Hinblick auf die verspätet erteilten Haushaltsgenehmigungen haben sich die Projektkoordinatoren in den drei Kommunen nach Abstimmung mit dem Fördergeber entschlossen, die Maßnahme im kommenden Jahr anzugehen und die Mittel neu in die Haushalte einzustellen.
r)	<u>Telefongebühren:</u>
	<i>Sachkonto 543500 - Telefongebühren: Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebühren auf Höhe und Struktur zu überprüfen und Einsparpotentiale zu nutzen. - Dieser Markt ist ein sich ständig ändernder Markt und bietet Möglichkeiten.</i>
	Stellungnahme der Verwaltung: - noch nicht erledigt - Hierzu wurde im Haupt- und Finanzausschuss am 24.09.2013 unter TOP 2.9.2 berichtet. Sobald die notwendigen Auftragsvergaben nach der Anfang 2014 anstehenden Ausschreibung anstehen, wird die Politik eingebunden und weitere Informationen erhalten.
s)	<u>Erneuerung Straßenbeleuchtung:</u>
	<i>In Anlehnung an das Haushaltsbuch 2013 Vorgaben und Vorhaben der Stadt Wipperfürth wird zur HS/Projekt Nummer 5000074 (S.II 315) Erneuerung</i>

	<p><i>Straßenbeleuchtung, eine Ausgabensperre zum Zwecke der Beratung im Fachausschuss beschlossen.</i></p> <p><i>Zum Haushalt 2012 wurden zu diesem Projekt (2012-2017) jeweils 200T€ beschlossen. Im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres 2012 wurden zusätzlich 30T€/Jahr freigegeben, um Maßnahmen zur Verkabelung und Infrastruktur zu finanzieren. Im HS 2013 wurden diese Planzahlen nochmals erheblich erhöht.</i></p> <p><i>Für die Differenz der abgestimmten Planzahlen zu den heutigen, wird eine Ausgabensperre beschlossen. Konkret wird eine Ausgabensperre für die zusätzlichen 200T€ in 2013, 2014, und 2015 beschlossen. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Wirtschaftlichkeit in Form einer Wirtschaftlichkeitsberechnung darzustellen.</i></p> <p><i>Die Kostensteigerung ist darzustellen und zu begründen. Ferner ist ein Konzept zur Leuchtenumsetzung vorzustellen. Konzept, Wirtschaftlichkeit und Zeitplanung sind im entsprechenden Arbeitskreis vor zu beraten und dem Bauausschuss zu berichten. Die entsprechende Freigabe für weitere Ausgaben über die zusätzlichen Mittel ist im Bauausschuss zu klären und zu beschließen.</i></p>
	<p>Stellungnahme der Verwaltung:</p> <p>- noch nicht erledigt - Die Sperre wurde durch den Bauausschuss in seiner Sitzung am 21.03.2013 (TOP 1.4.1) nur für das Haushaltsjahr 2013 aufgehoben. In der Folgesitzung am 06.06.2013 legte die Verwaltung das geforderte Konzept einschließlich Wirtschaftlichkeitsberechnung und Zeitplanung vor. Über eine Auflage im genehmigten Haushaltssicherungskonzept 2013 hat die Kommunalaufsicht ebenfalls eine Amortisationsrechnung verlangt, bevor sie die Maßnahme genehmigt.</p>